

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957

71/J

Anfrage

Genossen
 der Abgeordneten Altenburger, Prinke, Grete Rehor und/
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend Beantwortung der Anfrage über Einstellung der Frau Dr. Margarethe
 Vyborny als Amtsärztin beim Landesarbeitsamt Wien.

-.-.-.-

Die Abg. Altenburger, Prinke, Grete Rehor und Genossen sind nicht in
 der Lage, die Beantwortung ihrer Anfrage in obiger Angelegenheit als be-
 friedigend zu bezeichnen, ja im Gegenteil, die Beantwortung gibt Anlaß,
 Herrn
 an den/Bundesminister für soziale Verwaltung weitere Anfragen stellen zu
 müssen.

Richtig ist, wie sich auch sinngemäß aus der Anfrage vom 23.1.1957
 ergibt, daß sich Herr Dr. Bretschneider im Frühjahr 1956 um die Stelle eines
 Amtsarztes beim Landesarbeitsamt Wien beworben hat. Die nunmehr erfolgte
 Besetzung des Postens eines Amtsarztes durch Frau Dr. Margarethe Vyborny
 stützt sich im Meritorischen im Sinne der Beantwortung darauf, daß mit
 Rücksicht auf die allgemeinen Personalsparmaßnahmen, die beim Landesinvalidenamt
 für Wien, Niederösterreich und Burgenland vorzukehren waren, die in
 diesem Amte in Verwendung stehende Frau Dr. Margarethe Vyborny dem Landes-
 arbeitsamt Wien zugewiesen wurde. Auf Grund dieser Darstellung richten die
 unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Ver-
 waltung die

Anfrage:

1.) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung in der Lage mit-
 zuteilen, aus welchen Gründen die Einstellung von Frau Dr. Vyborny am
 1.12.1956 beim Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland
 erfolgte, wenn allgemeine Personalsparmaßnahmen vorgesehen waren und eine
 Verminderung des Personalstandes mit 31.12.1956 durchgeführt wurde?

2.) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung in der Lage mitzuteilen, warum die Einstellung von Frau Dr. Vyborny der zuständigen
 Dienststelle nicht mitgeteilt wurde, obwohl alle Bundesministerien der-
 artige Mitteilungen bei Anstellungen in dieser Verwendungsgruppe machen?

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957

3.) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung in der Lage mitzuteilen, warum den Gesuchstellern seit dem Frühjahr 1956 nicht bekanntgegeben wurde, daß beabsichtigt sei, im Sinne eines Ersuchens der Frauenbewegung der Österreichischen Volkspartei die Neubesetzung der freiwerdenden Stelle eines Amtsarztes mit einer Ärztin vorzunehmen?

4.) Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung in der Lage mitzuteilen, ob im Sinne der Resolution der Österreichischen Frauenbewegung aus dem Jahre 1953 seit dieser Zeit auch bei einem anderen Landesarbeitsamt Ärztinnen berücksichtigt wurden?

Die Beantwortung der Anfrage läßt schließlich den Hinweis, daß Dr. Robert Bretschneider Kriegsinvalider (Oberschenkelamputation), Vater von 3 Kindern und in seiner fachlichen Qualifikation unbestritten ist, unberücksichtigt und hat es unterlassen, mitzuteilen, welche Gründe maßgebend waren, daß die unverheiratete Frau Dr. Margarethe Vyborny beim Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland am 1. Dezember 1956 aufgenommen wurde. Es liegt auf der Hand, daß damit lediglich der Versuch unternommen wurde, einen systemisierten Posten beim Landesinvalidenamt Wien, Niederösterreich und Burgenland sicherzustellen, und bereits bei dieser Aufnahme die Absicht bestand, um einige Wochen später Frau Dr.

Vyborny als Amtsarzt dem Landesarbeitsamt Wien zu überstellen.

-.-.-.-.-.-.-.-